

GASTKOMMENTARE

STROM- UND GASPRISE DECKELN?

Was gerecht ist

PRO



Stefan Hebel, freier Journalist

Mitte August verkündete Wirtschaftsminister Robert Habeck, die Bundesregierung habe die „gerechtest mögliche Form“ gefunden, um die steigenden Gaskosten unter den Verbrauchern zu verteilen. Er meinte die Umlage, die die Versorgung für alle Gas nutzenden Haushalte und Unternehmen noch teurer machen soll. Die Formulierung von der „gerechtest möglichen Form“ hat indes ihre Tücken. Nicht möglichst viel Gerechtigkeit meinte Habeck, sondern so viel Gerechtigkeit, wie unter den „politischen Rahmenbedingungen“ der Ampelkoalition eben möglich sei. Er hätte auch sagen können: Was gerecht ist, bestimmt in dieser Regierung die FDP. Und deren Gerechtigkeitsbegriff besagt, dass alle gleich stark belastet werden: die Armen, die das viel härter trifft, genauso wie die Reichen, die durchaus eine höhere Last verkraften könnten.

Dem gegenüber steht eine Definition von Gerechtigkeit, der eigentlich auch Habecks Grüne anhängen: Wer mehr hat, trägt zu den Kosten auch mehr bei. In Sachen Gas (und Strom) liegt der richtige Weg dafür auf der Hand: Der Preis wird gedeckelt, 75 oder 80 Prozent der Grundversorgung werden subventioniert, der Rest ist teuer. Das regt zum Sparen an und trifft diejenigen, die mehr verbrauchen, am meisten.

Die Subventionen müssten beim Gas aus Steuergeld bezahlt werden. Davon sei aber nicht genug vorhanden, argumentiert die FDP. Das stimmt – wenn man sich wie die FDP weigert, von Spitzenverdienern und Hochvermögenden mehr Solidarität – spricht: höhere Steuern – zu verlangen. Es sollte nicht dabei bleiben, dass so die „gerechtest möglichen“ Lösungen aussehen im ampelregierten Deutschland.

Kontrolle behalten

CONTRA



Hannes Koch, freier Journalist

Die Idee klingt eingängig und wirksam. Die Bundesregierung soll den Gaspreis für den Grundverbrauch deckeln. Privathaushalte, möglicherweise auch Firmen, würden so vor den stark steigenden Energiekosten geschützt. Das fordern etwa die Union, Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), der Städte- und Gemeindebund und einige Sozialverbände. Spanien, Portugal und Großbritannien haben ähnliche Preislimits eingeführt, andere EU-Länder sind auf dem Weg dorthin. Die Bundesregierung aber zögert, die FDP ist dagegen. Dafür gibt es gute Gründe.

Würde der Gaspreis für eine bestimmte Menge pro Haushalt beispielsweise auf dem Niveau von Ende 2021 fixiert, müsste der Staat den Gasversorger die Differenz zum höheren Weltmarktpreis erstatten. Sonst gingen die Lieferanten pleite. Der Weltmarktpreis allerdings schwankt stark, kann weiterhin deutlich steigen und liegt außerhalb der Kontrolle der Bundesregierung. Diese handelte sich damit ein unkalkulierbares Risiko für den Bundeshaushalt in der Größenordnung von Dutzenden Milliarden Euro jährlich ein.

Anderer Instrumente zur Entlastung der Bürger und Unternehmen sind besser – etwa die Strompreisbremse, auf die sich die Ampelkoalition verständigt hat. Dabei würde nicht der Preis gedeckelt und teuer subventioniert. Stattdessen will die Regierung die Extragewinne der Energieversorger abschöpfen und an die Verbraucher zurückverteilen. Wirkungsvoll und kalkulierbar sind auch Zuschüsse für Firmen und Privathaushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Diese würden zwar ebenfalls teuer, doch der Staat behalte die Kontrolle und lieferte sich nicht den Märkten aus.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Brehm, der jüngste massive Anstieg der Erzeugerpreise könnte sich zu einem echten Inflationshammer mit zweistelligen Preissteigerungsraten auswirken. Reichen dann für Familien 18 Euro mehr Kindergeld und etwas mehr Grundfreibetrag?

Nein, auf keinen Fall. Es müssen deutliche steuerliche Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Einkommen auf den Weg gebracht werden. Das fordern wir seit langem. Auch die FDP hat das immer gefordert. Die Bundesregierung verzeichnet derzeit inflationsbedingte Steuereinnahmen wie nie zuvor. Das Geld muss den Bürgern zurückgegeben werden, auch zum Ausgleich der kalten Progression.

Jetzt gibt es etwas zurück, etwa die Energiepreispause, für Beschäftigte und Selbstständige lange beschlossen, für Rentner kommt sie bis Jahresende. Diese Pauschale ist steuerpflichtig. Kann das denn richtig sein, weil viele Rentner dadurch in die Steuerpflicht rutschen können?

Auch ich habe die Pauschale im Rahmen der Einkommensteuervorauszahlung im dritten Quartal erhalten. Diese 300 Euro Energiepreispause für jedermann sind der völlig falsche Weg. Gutverdiener und Bundestagsabgeordnete brauchen diese 300 Euro mit Sicherheit nicht. Im unteren Einkommensbereich und für Rentner hätte es mehr Geld geben müssen. Und das hätte steuerfrei sein müssen. Die von der Regierung gewählte Systematik ist völlig falsch.

Um die Entlastungspakete zu finanzieren, wird an eine Übergewinnsteuer für Energieunternehmen gedacht. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schwärmt bereits davon und will über diesen Weg 140 Milliarden Euro umverteilen. Ist das die Lösung?

Das ist keine Lösung der Probleme. Eine Übergewinnsteuer ist eine reine Neidsteuer. Es ist völlig unklar, was ein Übergewinn oder ein Zufallsgewinn ist. Würde so etwas jetzt eingeführt, wäre eine Ausweitung auf andere Branchen zu befürchten, womit wir in der Planwirtschaft ankämen. Besser wäre es, das Angebot zu verbreitern, etwa durch die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Das würde zur Entspannung bei den Energiepreisen beitragen.

Dann kommen wir zu den Konzernen. Uniper zum Beispiel verschlingt mehrstellige Milliardenbeträge an öffentlichen Krediten, und jetzt will der Staat den Konzern auch noch übernehmen. Ist dieser Weg richtig?

Auch dieser Weg ist falsch. Er führt direkt in die Planwirtschaft. Wenn Gaskonzerne wirklich Unterstützung brauchen, dann kann diese Unterstützung über Darlehen erfolgen wie bei der Lufthansa oder anderen Unternehmen in der Corona-Krise. Und auch nur dann, wenn sich die Anteilseigner hinreichend an einer Rettung beteiligen. Was gar nicht geht, ist das Zahlen von Zuschüssen, wenn gleichzeitig Vorstandsgehälter in der aktuellen Höhe weiterbezahlt und weiter Ausschüttungen an die Gesellschafter oder Aktionäre vorgenommen werden. Das ist klassische Geldvernichtung.

Ein anderer Vorschlag zur Entlastung der Bürger und Unternehmen ist die Deckelung der Strom- und Gaspreise. Was halten Sie davon?

Für eine Entspannung bei den Strom- und Gaspreisen ist zunächst eine Verbreiterung des Angebots nötig. Dazu gehören dringende die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke und eine Reaktivierung von Kohlekraftwerken auf breiter Front. Derzeit kauft Deutschland beim Gas alles, was auf dem Markt verfügbar ist und heizt damit die Preise in ganz Europa an. Eine

»Welle von Pleiten«

SEBASTIAN BREHM Der CSU-Finanzexperte wirft der Regierung vor, Totengräber des Mittelstands zu sein



© Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

Nachdem sich herausgestellt hat, dass Minister Habecks Betriebspausepläne für Bäcker und andere Mittelständler nur Wunschträume sind, stellt sich die Frage, wie den Betrieben geholfen werden kann, wenn zum Beispiel die Ölrechnung einer Wäscherei von 2.000 Euro auf 10.000 Euro im Monat steigt.

Wir sehen dramatische Kostensteigerungen in allen Branchen – ob bei Bäckereien, Metzgereien oder auch in der Landwirtschaft, wenn unter Glas produziert wird. Eine Verzehnfachung der Energiepreise können diese Betriebe nicht tragen. Wir brauchen dringend ein Mittelstandsförderprogramm und Steuersenkungen für den Mittelstand. Bislang aber gibt es kein einziges Programm für den Mittelstand – und in acht Wochen ist Jahresende. Wir werden nicht in einen Habeckschen Stillstand kommen, sondern es wird eine Insolvenzwelle geben. Und im Unterschied zu den Pandemie-Zeiten werden wir Produktionsverlagerungen in andere Länder erleben. Das wird ruinos für den Mittelstand, das Herz unserer Volkswirtschaft und des Arbeitsmarktes. Deshalb ist jetzt Handeln geboten. Entweder die Regierung kann nicht helfen oder sie will es bewusst nicht. Beides ist schlecht. Die Ampel ist auf dem besten Weg der Totengräber des Mittelstandes zu werden

Eine maßgebliche Mitverantwortung an der Inflationsentwicklung trägt auch die Europäische Zentralbank durch ihre Niedrigzinspolitik und Anleihenkäufe. Früher wurde das als Gelddrucken bezeichnet. Gibt es da eine Lösung?

Die Europäische Zentralbank ist mit ihrer Zinswende viel zu spät dran. Sie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie ein Treiber dieser Inflation ist. Sie hätte wesentlich früher aus den Anleihenkäufen aussteigen müssen. Und sie muss die Anleihenkäufe jetzt endlich ganz stoppen. Das war zwar angekündigt, wurde aber nicht gemacht. Dann muss sie vorsichtige Zinserhöhungen vornehmen, um die Inflationsentwicklung jetzt nicht auch noch zu befeuern. Eigentlich hätte man schon in der guten Phase die Zinsen erhöhen müssen. Dann könnten die Zinsen jetzt in der schwierigen Wirtschaftslage wieder sinken. Aber jetzt werden in einer schlechten Phase die Zinsen erhöht.

Wirtschaftswissenschaftler sagen, höhere Zinsen führen in eine Rezession.

Deshalb sollten Zinserhöhungen moderat erfolgen. An Zinserhöhungen auf bis zu fünf Prozent glaube ich nicht. Das würde direkt in eine Rezession führen.

Bei den vielen Problemen können wir doch die Schuldenbremse vergessen.

Auf keinen Fall. Die Schuldenbremse ist absolut notwendig und richtig, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir die höchsten Steuereinnahmen für Bund und Länder haben. Denn die Inflation lässt vor allem die Umsatztsteuereinnahmen in die Höhe schnellen. Derzeit treibt die Regierung nichts anderes als Geldverteilung mit der Gießkanne. Wir brauchen aber gezielte Maßnahmen.

Und notwendig ist auch ein hartes Sparprogramm. Dazu gehören eine kritische Analyse der Staatsausgaben, Veränderungen im Sozialsystem, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und viele andere Dinge. Wir müssen zurückkommen zur Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft und weg von der Umverteilung und Planwirtschaft dieser Bundesregierung.

Das Gespräch führte Hans-Jürgen Leersch.

Sebastian Brehm ist seit 2017 Mitglied des Bundestages und Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Mittige: Markus Herbrand

Wenn Leute wie Markus Herbrand Krisen beschreiben, greifen sie nicht zum groben rhetorischen Besteck. „Man hörte und roch die Katastrophe“, erzählt er über die Nacht im Sommer 2021, als in der Eifel und anderswo die Fluten kamen und auch bis in den Keller seines Wohnhauses strömten, „wegen der schwimmenden Öltanks“. Oder über die aktuelle Inflation, als er sagt: „Wir Politiker werden verstärkt angeschrieben, erfahren viel von den Ängsten der Leute. Das macht was mit einem.“ Herbrand, 51, FDP-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II, redet ruhig und ernst zugleich. Das macht die Probleme nicht kleiner. Aber besser abgeholt fühlt man sich schon. Vielleicht ist es der Eindruck der Besonnenheit.

Es ist Freitag um 9:30 Uhr, am Ende einer Woche im Zeichen der Zahlen spricht Herbrand über den Krisenmodus seiner Zukunft. „Es ist die schwerste Zeit für mich als Parlamentarier seit meinem Einzug 2017.“ Auf einen Virus habe man reagieren müssen, und auf einen „durchgeknallten Despoten“ in Moskau. „Dabei wollen wir Politiker ja eigentlich gestalten.“ Herbrand, finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion und Obmann im Finanzausschuss, erkennt in der Inflation noch keinen Anlass für das Aussetzen der Schuldenbremse. „Gerade für die kleinen Firmen muss noch was getan werden, und zwar schnell“, sagt er. „Noch haben wir keinen Einbruch des Wirtschaftswachstums.“ Einen wichtigen Hebel sieht er in der vom Kabinett beschlossenen Strompreisbremse. „Das ist ein wichtiger Eingriff in ein Design,

das man seit dem Krieg nicht mehr ernst nehmen kann“, sagt er mit Blick auf den Umstand, dass die teuerste Stromproduktion, derzeit Gas, den Gesamtpreis für Strom diktiert. „Gerade die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas ist ein Ausgleich für die Gasumlage und wird bei den Verbrauchern ankommen.“ Um Herbrand kennenzulernen, schaut man besser nicht auf seine Website. „Mein Leben in Zahlen“ steht da, wie man es von einem Diplom-Finanzwirt erwartet. Sein Lebenslauf umfasst dürre



© diepicture-alliance

»Gerade für die kleinen Firmen muss noch was getan werden, und zwar schnell.«

18 Worte, samt der Hobby-Information „Musik aller Kategorien“. Doch dem Realitätscheck hält die Internetseite nicht stand. „Ich weiß gar nicht, ob ich so von Zahlen und Verwaltung fasziniert bin“, sagt er. Er erzählt von seinen Leistungsfächern Mathe und Geschichte im Abitur und seiner größeren Leidenschaft für letzteres. Und wie am Dienstagabend ein Termin ausfiel, er spontan die Veranstaltungstipps in Berlin studierte und dann zum Konzert ei-

ner seiner Lieblingsbands ging. „Riverside heißt die, am meisten höre ich dann doch Progressive Rock.“ Nach dem Abitur entschied er sich für eine Ausbildung bei der Finanzverwaltung NRW im gehobenen Dienst samt einem Studium an der Fachhochschule für Finanzen, danach habe er gewusst, dass es für ihn reizvoller als die Verwaltung gebe. „Die langatmigen Entscheidungswege waren nichts für mich.“ Herbrand absolvierte den Zivildienst, sondierte die Lage und entschied sich „fürs Geld“. Er heuerte bei einem Wirtschaftsprüfer an. Würde dann selbständiger Steuerberater mit acht Angestellten. Es war die Zeit, in der begann, sich in die Kommunalpolitik einbringen zu wollen. „Ich wollte bei dem mitbestimmen, was vor Ort geschieht.“ Da habe er die Parteiprogramme nach der größten Schnittmenge gesucht, „zu 100 Prozent findet sich niemand in einem wieder, das glaube ich keinem“ – und kam zur FDP wegen der ihm am überzeugendsten Frage, ob sich der Staat nun ein Kümmerer? „Doch“, antwortet er, „überall dort, wo die Einzelnen überfordert sind, bringt er sich ein. Bei Corona, der Inflation oder der Flutkatastrophe 2021 war er ja da und sprang ein.“ Ein Politikgespräch in diesen Zeiten dauert halt doch nur ein paar Minuten, bis es wieder um eine Krise geht.

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
23. September 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.